

Der Bundesinnenminister, Hamas und die Waisen von Gaza

Von Malcolm Sylvers

Wie sollte das Verbot der Internationalen Humanitären Hilfsorganisation interpretiert werden, das von Bundesinnenminister de Maizière verhängt wurde? Die Begründung lautete, die Organisation sei durch ihr Engagement für Waisenkinder in Gaza zu sehr in die Nähe von Hamas gerückt. Wie wichtig ist das Ganze für das allgemeine Publikum in Deutschland? Ist es nur ein Versuch eines übererregten CDU-Politikers, sich mit islamophober Politik zu profilieren? Bis jetzt hat dieses Verbot, mag die Hitze, mag die Erschöpfung durch Fußball-Fieber daran Schuld sein, außer bei den direkt Interessierten sehr wenig Aufmerksamkeit erregt. Das Verbot könnte aber etwas Wichtiges über Deutschland als Rechtsstaat und die Möglichkeit einer Nahost-Außenpolitik jenseits von bloßer Subalternität gegen die israelische Politik aussagen. Darum ist es legitim, mindestens folgende Fragen zu stellen:

1) Ist die Verteufelung von Hamas eigentlich alles, was die BRD über Nahost zu sagen hat? Die IHH, eine bisher unbescholtene Organisation, wird jetzt offiziell als „Hamas-Spenderverein“ bezeichnet. Neben dem Attribut „antisemitisch“ gibt es nun mit dieser Neuschöpfung ein weiteres Wort, das Menschen und Vorgänge tabuisiert. Die IHH kann es aber nicht vermeiden, um ihre Wohltätigkeitsarbeit durchzuführen, mit lokalen Organisationen Kontakt aufzunehmen. Es ist darum nicht erstaunlich, dass die lokale Organisation, die im Falle Gazahilfe angesprochen wurde, die „Islamic Society“, Kontakte mit Hamas, der regierenden Kraft, hat. Die spezifische Anschuldigung durch das Innenministerium lautet nun, dass die IHH durch ihre Wohltätigkeitsarbeit das Budget von Hamas entlaste und dadurch deren Politik unterstütze. Soweit erscheint diese Argumentation fast jedem fadenscheinig und sogar etwas lächerlich. Auch Deutsche, die gegen die Beteiligung deutscher Soldaten am US-Abenteuer in Afghanistan, sind, würden sich darum nicht etwa weigern, freiwillige Hilfe in ihrer Kommune (Feuerwehr, Senioren, Bedürftige, usw) zu leisten, nur weil dadurch der Bundeshaushalt entlastet und auf diese Weise mehr Geld für den Krieg in Afghanistan frei werden würde.

Zu der Verteufelung von Hamas muss man anmerken, dass keiner, der diese nachbetet, sich weitere normale Fragen stellt: Hatte Hamas das Recht, sich an den Wahlen 2006 zu beteiligen? Wenn ja, hatte sie das Recht zu gewinnen? Und wenn sie gewonnen hat, auch in der West Bank, hatte sie das Recht zu regieren? Dies ist der Hintergrund des Verbotes der IHH. Wenn Hamas eine echte politische Kraft ist, die sich in einem unterdrückten Volk verwurzelt hat, dann ist eine Verteufelung theologisch interessant, aber politisch steril. Selbst der israelische Schriftsteller David Grossmann, Verteidiger des Angriffs auf Gaza und seit langem beliebt in Deutschland, hat vor kurzer Zeit geschrieben, dass man mit Hamas verhandeln muss.

2) Minister haben meist wenig Zeit für Fragen politischer Philosophie wie die Frage über die Palästinenser in Gaza und ihr Widerstandsrecht gegen israelischen Kolonialismus und Rassismus. In diesem traurigen Verbotsdrama hat de Maizière versucht, sein Verfahren mit grotesken Worten zu verteidigen: „Hamas übt Gewalttaten gegenüber Israel und israelischen Staatsbürgern aus und beeinträchtigt dadurch die friedliche Verständigung des israelischen und des palästinensischen Volkes.“ In der Logik des Ministers hätten dann wohl auch einst die Juden in Warschau mit ihrer Revolte die „friedliche Verständigung“ zwischen dem jüdischen und dem deutschen Volk „beeinträchtigt“

Es ist Zeit, den Minister zu informieren, dass seit dem 17. Jhrhdt. Widerstand gegen Unterdrückung ein Teil aufklärerischer westlicher Tradition darstellt. Und dass es in diesem Moment historische und politische Gründe zuhauf gibt, die erklären, dass dieses Recht nun von der verteuflten Hamas in Anspruch genommen wird, und dies auch abgesehen davon, was man über Hamas-Politik sonst denken mag, oder ob man selbst unter einer politischen Führung wie dieser leben möchte. Wer Widerstandsrecht unter Bedingungen ausführt, wie das Volk in Gaza sie erleidet, kann nicht als terroristisch eingestuft werden.

3) Sollte die Regierung nicht ein wenig besorgter über ihren Ruf im Ausland sein? In Israel wird de Maizières IHH-Verbot sicherlich begrüßt. Dadurch kann dieses Land mehr Druck auf die Gaza-Bevölkerung ausüben. Aber in allen anderen Ländern, wo die IHH vor diesem Verbot gewirkt hat, wird es den Ruf Deutschlands wohl eher schädigen.

4) Seit einem Jahr hat die IHH Schwierigkeiten mit den israelischen Behörden. Ist es möglich, dass die IHH von einem deutschen Minister verboten wurde, weil es vielleicht einen Hinweis von Seiten Israels gegeben hat? Schließlich ist in der letzten Regierungserklärung verankert, dass Israel „Staatsraison“ für Deutschland ist. Aber um alles zu erklären, wäre es nicht richtig, dass ein Mitglied des Bundestages ein offizielle Äußerung über den Hintergrund dieses Verbot verlangt?

5) In ein Gefängnis wie der Gaza-Streifen eines geworden ist, hat die IHH Nahrung, Kleidung, Wasser, Medikamente und Geld bringen wollen. Ist dies nicht auch christlich? Hat Christentum nichts mit Barmherzigkeit zu tun? De Maizière ist Vertreter der Partei mit dem „C“ in ihrem Namen. Und ein Teil der Waisen in Gaza, für die die Spendensammlung der IHH gedacht war, —abgesehen von den 400 dort ermordeten Kindern—, sind Waisen geworden durch die israelischen Angriffe Ende 2008-Anfang 2009, die von der CDU und der Regierung gut geheißten wurden. Ob der Minister einen religiösen Berater hat oder nicht, ist unbekannt. Sicher ist aber, dass das IHH-Verbot im Widerspruch steht mit jeder Variante von Christentum.

6) Letzlich einige Fragen über politische Freiheit in Deutschland. Das Verbot erscheint als letzte Maßnahme einer langen Reihe von Angriffen gegen Muslime oder Palästinenser im Dienst anti-islamischer Vorurteile und im Dienst israelischer Politik der Unterdrückung dieses Volkes. Es ist wünschenswert, dass dieses Verbot selbst in Kürze von einem Bundesgerichtshof kassiert wird.

Aber ist es eigentlich nur ein Streit, der eine Religionsgemeinschaft oder eine ethnische Gruppe betrifft? Auch wenn man nicht zu diesen gehört, gibt es allerdings genug Gründe dafür, darüber zu meditieren, ob ein solches Verfahren wie dieses Verbot nicht gefährlich für alle ist. Gibt es in Deutschland noch die Freiheit, eine andere Meinung als die der Regierung über Nahost zu vertreten?

Aber damit nicht genug. Der Minister setzt noch einen drauf in seinem Begehren, der Öffentlichkeit einen Maulkorb zu verpassen. In der Erklärung des Ministeriums über das IHH-Verbot heißt es außerdem, dass diejenigen, die sich gegen das Existenzrecht Israels richten, keine Vereinsfreiheit haben. Damit ist die IHH gemeint, da sie Gaza Spenden hat zukommen lassen, obwohl sie sich niemals zur Frage des Existenzrechte Israels geäußert hat, geschweige denn in negativer Art. Aber ist nur die IHH gemeint? Die Erklärung ist eigentlich unerhört, da sie wie eine halbe Drohung an alle klingt. Es gibt in Deutschland außer einigen Nazis niemanden, der das Existenzrecht der in Israel ansässigen Juden mit ihren

Sitten, ihrer Religion und ihrem Eigentum in Frage stellt. Aber es gibt Kritiker, die diesen jetzigen israelischen Staat nicht akzeptieren, in dem Nichtjuden Bürger zweiter Klasse sind, und der gegen internationales Recht Territorien okkupiert, besiedelt und annektiert. Kann ein Staat mit dieser jetzigen Innen- und Außenpolitik ein Recht darauf haben zu bleiben wie er ist? Das jetzige Israel ähnelt gefährlich Südafrika während der Apartheid, das ebenfalls andere Länder in seiner Umgebung angriff. Mehr darüber zu sagen ist nicht nötig, aber auch nicht weniger.

Außerdem: Hat man ein Recht zu versuchen, die Leiden von Menschen in Gaza zu lindern, ohne sich beschuldigen lassen zu müssen, ein Unterstützer von Terroristen zu sein? Wenn ein Hurrican weht über Kuba oder Haiti, helfen viele, ohne von solchen Verdächtigungen belästigt zu werden. Und wenn ein Erdbeben in Iran zuschlägt? Werden alle, die helfen, vom Innenminister verdächtigt werden, Unterstützer des politischen Systems dieses Landes zu sein?

Ein Friedensaktivist der 1950er und 1960er Jahre, Pastor Martin Niemöller, erzählte eine Parabel über die Naziunterdrückung und das Schweigen darüber. Ein Bürger sei zunächst nicht so besorgt über die Unterdrückung gewesen, als Kommunisten, Sozialdemokraten, Zeugen Jehovas, Juden und andere weggeschleppt wurden, weil er kein Anhänger dieser Gruppierungen war. „Dann kamen sie, um mich zu holen, aber es war niemand übrig geblieben, der mir hätte helfen können.“ Nein, wir sind noch nicht an diesem Punkt angelangt, aber nicht nur Muslime und Palästinenser sollten besorgt sein, wenn ein Bundesinnenminister sich erlaubt, ein einschüchterndes Verbot wie dieses auszusprechen.